



Peter Zellmann / Beatrix Haslinger

## **Resignation in der Generationenproblematik ?**

„Mit 66 Jahren, da fängt das Leben an...“ Mit diesem Lied eröffnete Udo Jürgens in den 80er Jahren die Diskussion in Hinblick auf den Lebensgenuss jenseits der Erwerbsarbeit. Auch wenn diese Altersgrenze demnächst weiter hinausgeschoben werden dürfte. In der Grundeinstellung zum Älterwerden stimmen die meisten Österreicher zunehmend überein und wollen ihr Rentenalter genießen.

Doch die damals sichere Pension kann heute weder bezüglich Eintrittsalter noch in ihrer Höhe mittelfristig garantiert werden.

Die vordergründige Rechnung (Erklärung) lautet:

Immer mehr Ältere müssen von immer weniger Jüngeren unterhalten werden. Diese Verteilung führt unweigerlich zu einer Überforderung der mittleren (erwerbstätigen) Generation, der sogenannten „**Sandwich-Generation**“.

Sie ist eingeklemmt zwischen den Ansprüchen von Kindern und Eltern: Sie muss für Unterhalt und Ausbildung der eigenen Kinder aufkommen – heute nicht selten bis weit ins Erwachsenenalter - und gegebenenfalls gleichzeitig für den Unterhalt ihrer Eltern.

Außerdem zahlt sie in die Sozialkassen ein und leistet so einen erheblichen Beitrag zur Generationensolidarität. Zu der finanziellen Doppelbelastung kommt dann auch oft ein erhöhter zeitlicher Aufwand für Kinderbetreuung und Pflege der Eltern.

Es ist gerade im Bereich der Sozialpolitik Aufgabe der Politiker, u.U. auch vollkommen neue Maßnahmen zur Lösung der Generationsproblematik zu diskutieren und zu finden. Dabei muss eben, auch aus volkswirtschaftlicher Sicht, besonderes Augenmerk darauf gelegt werden, die „Sandwich-Generation“ zu entlasten.

### **Für $\frac{3}{4}$ der Bevölkerung kein Handlungsbedarf?**

„Die Überalterung der Gesellschaft ist unausweichlich. Man kann in Zukunft nur noch die Folgekosten intelligenter und gerechter verteilen.“ meint ein Viertel der österreichischen Bevölkerung. Nachdenklich stimmt, dass die übrigen **74 % der Bevölkerung anscheinend diesbezüglich keinen Diskussionsbedarf** sehen – auch wenn viele von ihnen, verunsichert durch die konkreten Maßnahmen zur Pensions(sicherungs)reform, erst kürzlich auf die Strasse gingen und mit einer der größten Demonstrationen in der österreichischen Nachkriegsgeschichte ihren Unmut kundtaten.

So fielen auch die Zustimmungen für diverse konkrete Lösungsmaßnahmen zur Generationenproblematik sehr gedämpft aus – eine Resignation oder wurden einfach die idealen Lösungsansätze noch nicht gefunden ?



## Die Maßnahmengruppen:

### 1. Das Wertschöpfungspotenzial der Pensionisten definieren

Einige Lösungsansätze sind eventuell darin zu finden, den „Wert des Alters“ zu erkennen und zu nutzen.

Altersdiskriminierung und Jugendkult repräsentieren den Zeitgeist (nicht nur der Werbung) unserer Gesellschaft. Schön, dynamisch, flexibel, leistungsfähig – das sind die Attribute, die wir eigentlich nur der Jugend zuschreiben. Man anerkennt offensichtlich kaum, dass das „Alter“ mit viel Erfahrung und Wissen assoziierbar ist und daher ebenfalls einen hohen Wert repräsentiert. Diese Erfahrung umfasst neben den „Hardskills“ (Wissen um Fakten), die bei Job-Bewerbungen immer wichtiger werdenden Softskills (soziale Kompetenz).

Viele soziale Fähigkeiten beruhen vor allem auch auf Lebenserfahrung – etwas das man durch keinen Kurs und keine Ausbildung ersetzen kann.

Die Chance, bei Jobverlust am Arbeitsmarkt eine (neue) Anstellung zu finden, ist ab dem 45. Lebensjahr sehr gering- und dennoch gilt als ein besonders wichtiger Lösungsansatz der Generationenproblematik die Anhebung des Pensionsalters.

Ein Verdacht drängt sich auf: Geht es, um den Staatshaushalt langfristig zu entlasten, nur um höhere Abschläge von einem theoretischen, von einer Mehrzahl der Erwerbstätigen gar nicht erreichbaren Pensionsantrittsalter?

Andererseits würde sich daher die Frage stellen, wie diese neue Beschäftigung für die „Generation 50plus“ aussehen könnte? Eröffnen „Altersweisheit“ und die soziale Kompetenz neue berufliche Möglichkeiten und Tätigkeitsfelder?

**„Betriebe sollten durch steuerliche Anreize angeregt werden, mehr Beschäftigte im Alter von über 50 Jahren einzustellen“**, halten immerhin

4 von 10 Personen in Österreich (40%) für eine sinnvolle Maßnahme. Dieser Lösungsansatz erzielt damit den größten Zuspruch aller in dieser Studie abgefragten Maßnahmen. Die Zustimmung kommt in diesem Zusammenhang von allen

Bevölkerungsschichten.

Pensionisten sind heute „fitter“ denn je und haben oft immerhin ein Drittel des Lebens noch vor sich. Daher kann die Pension nicht mehr als „Restlebenszeit“ gesehen werden. Der Bedarf der (Früh)Rentner an sinnvoller und befriedigender Aktivität steigt mit der Lebenserwartung und der Gesundheit im Alter.

Ein Fünftel der Bevölkerung sieht die Lebensarbeit mit dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben nicht als beendet.

Sie fordern von Politik und Gesellschaft für das Leben zwischen „50 plus X“ und „100 minus X“ die **„Schaffung neuer sozialer Aufgaben, die auch gesellschaftlich anerkannt“** sind.

Ein stärkeres soziales Engagement der gesamten Bevölkerung stellt eine Art Rückversicherungsmaßnahme dar und könnte jedem einzelnen nützlich sein. So sprechen sich immerhin fast ein Fünftel der ÖsterreicherInnen für die **„Einrichtung von Helferbörsen“** in jeder Gemeinde aus. Dort sollen freiwillig Hilfeleistungen angeboten bzw. unentgeltliche Hilfsangebote bei Bedarf abgerufen werden können.

Die wachsende Zahl pflegebedürftiger alter Menschen ist kaum mehr finanzierbar. Die Einführung eines **„sozialen Pflichtjahres“** für Vorruheständler bis 65 Jahre halten 14 % daher für einen guten und gerechten Ansatz. Die junge Generation könnte so von den sozialen Folgekosten entlastet werden.

Die 50 plus Generation für **„Mentoren- und Patenschaftsaufgaben“** (z.B. junge Existenzgründer) zu gewinnen, halten 13 % der ÖsterreicherInnen für eine befriedigende soziale Aufgabe.



## 2. „Mindestpension“ als Absicherung für Privat- und Staatshaushalt

Es wird bereits seit Jahren diskutiert, wie lange es eine gesetzliche Pensionsversicherung

noch geben kann und wird bzw. wie eine mögliche Änderung des Beitragsmodells aussehen könnte.

Nur **wenige (15 %) können sich für die Einheitspension** begeistern:

„Um die gesetzliche Pensionsversicherung zu retten, sollte jeder Pensionist in Zukunft nur noch eine soziale Grundsicherung („Mindestpension“) erhalten, die aber mindestens der Höhe der Sozialhilfe entspricht.“

Die ältere Generation, die ihre Lebensplanung und Altersversorgung auf einer sicher scheinenden Pension bzw. Rente aufgebaut hat, sieht diese Reduzierung auf eine Mindestpension erwartungsgemäß als Bedrohung ihrer Lebensgrundlage denn als Lösung an. Es überrascht daher nicht, dass nur 10 % der Älteren diesen Ansatz befürworten.

Die Jugend hingegen wächst bereits mit dieser Unsicherheit der Altersversorgung auf und sieht eher die Möglichkeit, sich auf diese Situation flexibel einzustellen.

Seit Jahren werden ja bereits verstärkt private Pensionsansparmaßnahmen von Banken und Versicherungen angeboten.

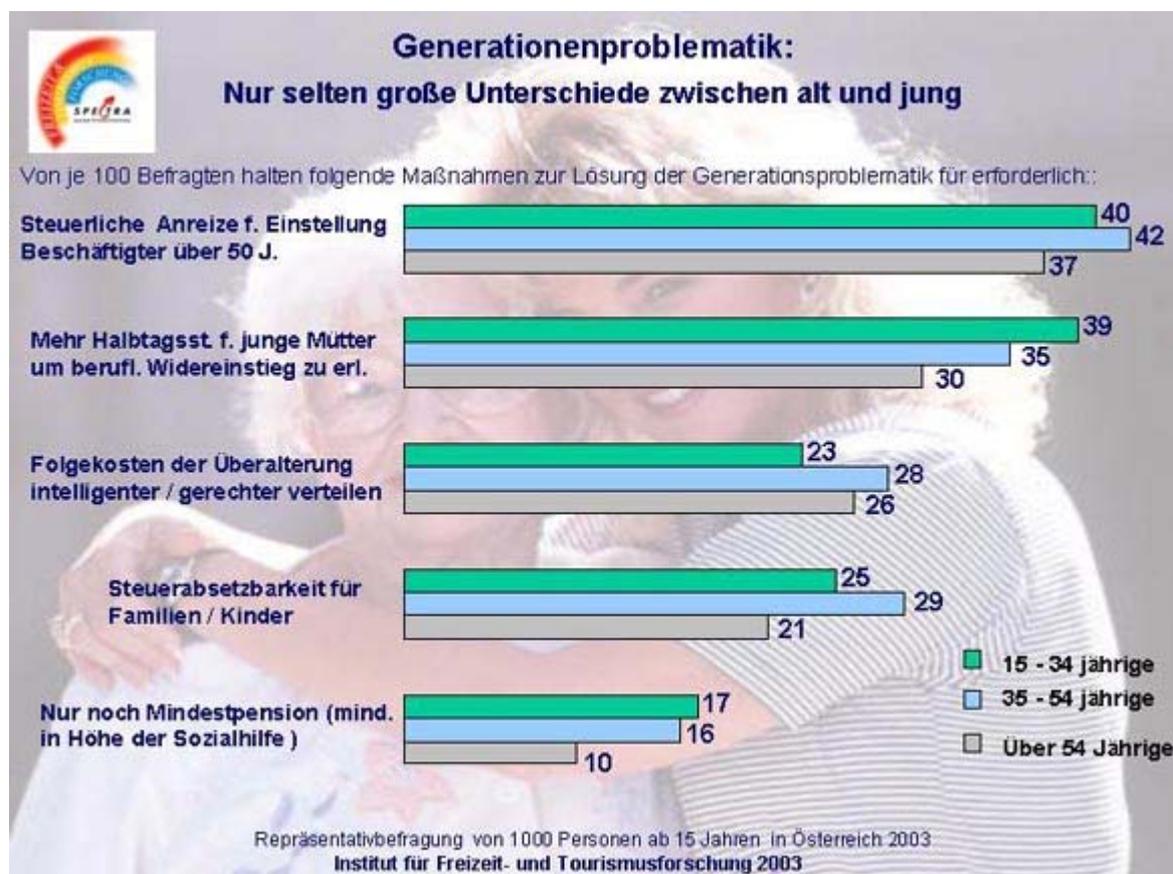
Immerhin 17 % der jungen Menschen (15 – 34 Jährige) stimmen für die **Reduzierung auf eine Mindestpension**. Aber auch die mittlere Generation scheint nicht mehr rein auf die gesetzliche Pension angewiesen zu sein, 16 % können sich eine generelle Reduktion auf eine Mindestpension für alle vorstellen.

Erwartungsgemäß können Besserverdiener sich diese Maßnahme eher vorstellen ( 17 %) als Einkommensschwache (12 %)

Dennoch überrascht, dass die Unterschiede zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen so gering ist.

Die regionalen Unterschiede sind dagegen eher unerwartet groß:

Nur 10 % der Niederösterreicher und Burgenländer stimmen für diese Variante, jedoch mehr als doppelt so viele Menschen in Westösterreich (Vorarlberg, Tirol, Salzburg: 21 %).



### 3. Höhere Besteuerung für Singles und Kinderlose

Es kam zu einer Werteverstärkung der Familienorientierung der „Sandwich“ Generation

hin zu mehr Freizeit – wir berichteten in unserem Forschungstelegramm „Konsum statt Kinder ? Freizeit statt Familie?“

Eine wahrscheinliche, aber in den meisten Diskussionen vielleicht zu wenig berücksichtigte Ursache stellt die erschwerte Finanzierung einer kinderreichen Familie dar.

Um diese finanzielle Doppelbelastung auszugleichen halten fast die Hälfte der Hausfrauen /männer die **„Schaffung von mehr Halbtagsstellen“** für junge Mütter, um den beruflichen Wiedereinstieg zu erleichtern, für erforderlich. Im Bevölkerungsschnitt sind es immerhin noch ein gutes Drittel (35%).

Eine andere Variante, diese Mehrbelastung der mittleren Generation zu entschärfen, wäre die

Förderung von Familien und Kindern durch die Steuergesetzgebung.

**„Kinderzimmer sollten genauso von der Steuer absetzbar sein wie Arbeitszimmer“**, dafür spricht sich ein Viertel der Bevölkerung aus, bei Familien mit Kindern (bis zu 15 Jahren) und (Fach)-Arbeitern liegt die Zustimmung sogar bei einem knappen Drittel.

Fast ein Viertel der Familien mit Kindern halten eine **„höhere Steuer für Singles und kinderlose Doppelverdiener“** für erforderlich. Dadurch soll ein finanzieller Ausgleich für den gefährdeten Generationenvertrag geschaffen werden.

Auch immerhin jeder fünfte Kinderlose stimmt für diese Maßnahme. Die Zustimmung zur Notwendigkeit dieses Lösungsansatzes steigt außerdem stark mit dem Alter und etwas mehr Männer befürworten diese Strategie (22 %) als Frauen ( 18 %). Leitende Angestellte und höhere Beamte wollen von allen Berufsgruppen am wenigsten von einer höheren Besteuerung wissen (15 %).

**Die Generationenproblematik wächst stetig, sie lässt sich am ehesten mit einer gezielten Kombination von Maßnahmen in den Griff bekommen. Es mangelt nicht an Ressourcen und Ideen.**

**Diese müssen nach dem Urteil der Bevölkerung nur effizienter bzw. gerechter verteilt werden.**

**Institut für Freizeit- und Tourismusforschung**  
Ein Institut der Ludwig Boltzmann Gesellschaft